

18.44

Abgeordnete Mag. Birgit Schatz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie einmal durch die Stadt gehen, haben Sie dabei in letzter Zeit einmal an einem Baugerüst nach oben geschaut? Ist Ihnen da etwas aufgefallen? – Also mir ist speziell im letzten Jahr aufgefallen, dass dort immer mehr sehr hagere, sehr junge Männer arbeiten, die offenbar in das, was sie da tun, nur sehr schlecht eingeschult sind. Man merkt das, weil sie sich schwertun, eine volle Schubkarre zu schieben, erst recht über eine Rampe, die zum Baucontainer hinaufführt. Sie bringen sie kaum hinauf.

Oder: Die Arbeiter in den Geschossen, wo Wände eingerissen oder Zwischendecken entfernt werden, haben keine Schutzhelme. Sie haben auch keine Arbeitskleidung, sie haben Jogginganzüge an. (*Abg. Loacker: Haben Sie es angezeigt?*) Oder: Jene, die fräsen, die bohren, mit Schlagbohrern bohren – sie haben keinen Gehörschutz.

Meine Damen und Herren! Erst vor wenigen Tagen bin ich an einem hohen Gerüst vorbeigegangen. Dort arbeitete ein, sofern ich das erkennen konnte, sehr alter Mann, ich würde sagen, so um die 70, und ein sehr, sehr junger Mann, ich war mir nicht sicher, ob das nicht noch ein Kind ist. Die turnten dort mit Farbkübeln herum und machten Ausbesserungsarbeiten. Mir ist ganz sonderbar geworden, als ich das gesehen habe. (*Abg. Loacker: Haben Sie das angezeigt?*)

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, Menschen, die solche Arbeit organisieren und anbieten, bezahlen auch nicht fair und korrekt, die bezahlen sicher weniger, als ein österreichischer Arbeiter, Maler oder auch nur Hilfsarbeiter bekommen würde.

Es gibt tatsächlich Menschen, die **heute** hier in Österreich so arbeiten, nicht vor 150 Jahren, und ich sage klar und deutlich: Ich will das nicht, wir Grüne wollen das sicher nicht! (*Beifall bei den Grünen.*) Deshalb bin ich sehr froh, dass wir gerade mit dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz seit einigen Jahren erstmals einen Hebel haben, um da ansetzen zu können. (*Abg. Peter Wurm: Aber wenn Sie die Bauarbeiter letzte Woche noch gesehen haben, dann wirkt das Gesetz nicht!*) – Nein, das gelingt nicht von heute auf morgen, nein, ganz sicher nicht. (*Abg. Kitzmüller: Seit 2011 gibt es das Gesetz!*) Das gelingt nicht von heute auf morgen, weil es – Kollege Muchitsch hat es angesprochen – österreichische Hausbesitzer und österreichische Auftraggeberfirmen gibt, die genau zu solchen Bedingungen entweder ausländische Firmen oder ausländische Arbeiter beschäftigen. Am anfälligsten, auch das hat Kollege Muchitsch erwähnt, ist sicher die Bauwirtschaft, aber auch im Tourismus, in der Landwirtschaft, teilweise bei den sozialen Dienstleistungen, in der Pflege, gibt es definitiv mehr als nur die immer zitierten paar schwarzen Schafe.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass die heute hier zu beratende Regierungsvorlage uns im Kampf um faire Arbeit weiterbringt. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ.)* Sie nützt den betroffenen Arbeitern, sie nützt auch den österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, weil sie eben vor Dumping schützt, und – vor allem an die ÖVP gerichtet – sie nützt auch jenen österreichischen Klein- und Mittelbetrieben, die fair und gesetzeskonform ihre Leute beschäftigen. *(Abg. Wöginger: Sehr gut!)* Genau, und das muss man wirklich betonen: Dieses Gesetz unterstützt faire österreichische Unternehmen! *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten von SPÖ und ÖVP. – Abg. Wöginger: Bravo!)*

Warum Sie, meine Damen und Herren von der FPÖ, mit dem Argument, dass es noch immer Lücken hat – es hat Lücken, ja, das sage ich auch –, dieses Gesetz ablehnen, das kann ich nicht nachvollziehen! Ja, es hat Lücken, aber warum wollen Sie diese Lücken nicht schließen, warum wollen Sie nicht an einer Verbesserung arbeiten? Das kann ich einfach nicht verstehen.

Ich finde, das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz ist insgesamt auf einem guten Weg, und wir unterstützen diese ständige Weiterentwicklung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Viel eher, als zu sagen, es hat Lücken, wir wollen deshalb gar nichts damit zu tun haben, sage ich, wir müssen die Kontrollen verstärken. Das haben Sie, Kollege Muchitsch, auch schon erwähnt. Da haben wir definitiv eine Schwachstelle.

Es wurde schon angesprochen: Zuständig vor allem für die entsendeten Arbeiter ist die Finanzpolizei, die eine Menge Aufgaben hat und personell definitiv unterbesetzt ist, wenn man eine halbwegs akzeptable Kontrolldichte erzielen will. Das heißt – ich habe das auch wieder in einem Antrag, der weiterverwiesen worden ist, formuliert –, wir brauchen massiv mehr Mittel. Ich fordere daher vor allem auch die ÖVP auf, auf Finanzminister Schelling einzuwirken, damit wir mehr Ressourcen bekommen. Wenn wir nicht mehr kontrollieren können, schwächt das die Wirkung dieses guten Gesetzes. Das ist schlecht für die österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen und das wiederum ist schlecht für die fair in Österreich arbeitenden Klein- und Mittelbetriebe.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch diesbezüglich einen Fortschritt in dieser Novelle, und dieser Fortschritt war für uns ein zentraler Punkt dafür, dass wir auch zugestimmt haben, und zwar wird künftig gemeinsam von Finanzministerium und Sozialministerium ein Kontrollplan erstellt werden, und dieser Kontrollplan muss auch mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Wermutstropfen: Er kommt erst ab 2018. Es ist aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, insofern

bekommt dieses Gesetz guten Gewissens unsere Unterstützung – mit der Hoffnung, dass es weiterentwickelt wird, um auch noch vorhandene Lücken zu schließen.

Ganz kurz möchte ich einen weiteren Antrag in diesem Block, der ja sechs Anträge umfasst, ansprechen, und zwar geht es um einen, der die Weiterentwicklung des Vergaberechtes als Anliegen hat. Sie können sich alle erinnern: Wir haben nach zähen Verhandlungen, Gesprächen, vor allem mit den Bundesländern, Ende des vorigen Jahres endlich eine gute Novelle, die vor allem für öffentliche Bauaufträge wirksam wird, erreicht. Jetzt geht es darum, weitere Branchen miteinzubeziehen, soziale Dienstleistungen, den öffentlichen Verkehr, teilweise auch Erwachsenenbildung, und wie ich gehört habe, sind die Verhandlungen – wieder Richtung ÖVP schauend – leider etwas mühsam. Wir müssen da weiterkommen. Gerade jetzt auch aufgrund des Ministerwechsels möchte ich einfach bitten und auffordern, dass alle konstruktiven Kräfte zusammenhelfen, damit wir möglichst bald eine gute Novelle beschließen können, denn es geht hier um Milliarden, die wir entweder an irgendeinen Billigstbieter vergeben müssen oder einem gut und fair und regional agierenden Unternehmen geben können.

Das ist das, was wir wollen, uns Grünen wäre das ein großes Anliegen. – Danke schön. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

18.51

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Wöginger. – Bitte.